



Die Bundeswehr und der Rechtsextremismus

Neues Phänomen oder Wahlkampfthema

Die provokante These gleich zu Beginn: wenn SPD-Verteidigungsminister im Amt sind, gibt es keinen Rechtsextremismus in der Truppe. Die Zeitgeschichte findet kein gegenteiliges Argument. Nicht einmal der Wehrmachtsoberleutnant Helmut Schmidt als Bundeskanzler wurde zum echten Problem. Wahre Linke und Pazifisten sowie ehemalige Wehrmachtsdeserteure hatten sich zwar auch an Schmidt-Schnauze gerieben, doch niemand ging damals so weit zu behaupten, die Bundeswehr stinke vom braunen Kopf her. Im Wahljahr 1998 war das anders und im Wahljahr 2017 ist es gut, sich daran zu erinnern.

Weg von der Provokation: die Bundeswehr und die deutsche Politik insgesamt sind tatsächlich so deutlich wie lange nicht in der Zielfahndung der Rechtsextremen angekommen. Das hängt – auch – mit der Großen Koalition zusammen. Wenn den Unionsparteien mit Angela Merkel an der Spitze der Verlust des Konservativen im Lande vorgeworfen wird, ergibt sich die Folge, aufzuzählen, wo überall „Konservatives verraten“ wurde. Da landet man schnell auch bei den Streitkräften und symbolhaft bei der Wehrpflicht.

1998 – Rechtsextremismus trotz Wehrpflichtarmee

Am Ende der Ära Kohl suchten mutige Wahlkämpfer Themen, wie man die Konservativen loswerden konnte. Ganz wie bei Donald Trump, der „den Sumpf Washington“ austrocknen wollte, galt plötzlich auch bei „denen in Bonn“ alles als schlecht. Eine Wechselstimmung musste erzeugt werden, um den späteren „Agenda 2010-Kanzler“ Gerhard Schröder ins Bundeskanzleramt zu hieven. Ein besonderer Schlager schien die „braun verseuchte Bundeswehr“ werden zu können. Verteidigungsminister Volker Rühe sah sich einem scharfen Untersuchungsausschuss gegenüber. Jene SPD-Verteidigungspolitiker, die ab 1991 gemeinsam die Bundeswehr reformieren wollten (Auflösung der NVA und trotzdem einige Tausende DDR-Soldaten in unteren Rängen in die Bundeswehr übernommen, Sanitätssoldaten und Aufklärungsflugzeuge auf dem Balkan, manche UNO-Einsätze), mutierten plötzlich zu den schärfsten Kritikern der Bundeswehr und des Ministers. Was war passiert?

Verschiedene Medien, besonders SPIEGEL, STERN, PANORAMA, stellten rechtsextremistische Vorfälle in der und um die Bundeswehr fest. Gleich wurde eine Kette daraus entwickelt. Die Opposition, vor allem die Bündnisgrünen, die bekanntlich die Auflösung der Bundeswehr wollten und trotzdem im Verteidigungsausschuss mitarbeiteten (Angelika Behr: „Warme Handschuhe für Soldaten“ – sie heiratete später einen Oberstleutnant), sah einen Untersuchungsausschuss als ideales Mittel zur Anprangerung der gesamten Bundeswehr. Doch im Abschlussbericht dieses Untersuchungsausschusses vom 18. Juni 1998, kurz vor der heißen

Wahlkampfphase, kam bloß noch heiße Luft zum Vorschein. Die SPD hatte das Vertrauen der Soldaten verloren und ruderte zurück. Wenn es rechtsextreme Vorfälle gab, dann hing das mit der gesamten politischen Situation zusammen und nicht spezifisch mit der Bundeswehr. Es kam auch heraus, dass fast 95 Prozent der angeprangerten Fälle durch Wehrpflichtige verursacht waren.

Das macht auch die Anzahl der Vorfälle im Vergleich zur Anzahl der Soldaten sehr deutlich. Die Masse der Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund, fast 95 %, verteilt sich auf Wehrpflichtige, die teilweise bereits vor ihrer Wehrdienstzeit mit rechtsradikalen Kreisen und Gedankengut in Berührung gekommen waren. Im Jahre 1997 wurden 171 Besondere Vorkommnisse mit Verdacht auf rechtsextremistischem Hintergrund gemeldet. Bis Ende März 1998 waren nach Erkenntnissen des MAD nachweislich 88 Rechtsextremisten in der Bundeswehr. Davon sind jedoch nur 2 Offiziere

Drucksache 13/11005

Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode

Dritter Teil

Bewertungen

A. Bewertung durch den Untersuchungsausschuß

I. Bewertung der Untersuchungsergebnisse

1. Chronologie der Ereignisse

Von Ende November bis Mitte Dezember 1997 verdichteten sich Meldungen über angeblich rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr. Innerhalb von nur 23 Tagen wurden insgesamt 7 Vorfälle „enthüllt“, die sich teilweise bereits zwischen 1990 und 1996 abgespielt hatten. Durch die konzentrierte Berichterstattung wurde aber der falsche Eindruck einer zeitlichen und mengenmäßigen Häufung erweckt. Eine weitere Verdichtung erfolgte seit Beginn der Sitzungen des Untersuchungsausschusses im Januar 1998. In dieser Zeit wurden 5 weitere Einzelfälle, die sich teilweise schon in den 80er Jahren abgespielt haben, bekanntgemacht.

Dabei erwiesen sich der ‚Fall Neuengamme‘ und der angebliche Vorfall im Unteroffizierheim der Füh-

rungsakademie der Bundeswehr („Wildsau“-Rufe) als völlig aus der Luft gegriffen. Der Vorfall in Sibebnik konnte ebenfalls nicht bestätigt werden. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Vorfällen in Hammelburg sind eingestellt. Auch bei den Vorfällen in Varel sind die Ermittlungen teilweise eingestellt.

Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses wurden also wahllos zunächst unzusammenhängende Ereignisse der Vergangenheit in eine „imaginäre Reihe“ gestellt und daraus dann die von der Opposition behaupteten Vorwürfe wie „braune Netzwerke“ und „Subkulturen in der Bw“ konstruiert. Ob die Vorwürfe haltbar waren oder nicht, spielte dabei keine Rolle! Das Ergebnis stand vor allem für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von vornherein fest.

Die dieser Bewertung beigefügte Übersicht zeigt den chronologischen Verlauf der Kampagne gegen die Bundeswehr auf.

Auszug aus Abschlussbericht Untersuchungsausschuss 1998

2017 – Rechtsextremer Nährboden im Umfeld von AfD, Pegida oder Reichsbürgern

Die lange Zeit der Großen Koalition lässt Unzufriedene von „Volksverrättern“ faseln, vom Zwang zur „Verteidigung der echten deutschen Werte“ und von der Übernahme der Macht durch „wahre Patrioten“. Die Ereignisse vornehmlich in Sachsen sind allen präsent. Die Worte „Ausländer“ oder „Flüchtling“ reichen dort aus, um das Blut in Wallung zu bringen. Einige Politiker und Medien in anderen Bundesländern scheuten sich nicht, diese Wallung zu ver-

stärken. Schnell war das Wort „Willkommen“ als Schritt zur „Zerstörung Deutschlands“ und zum Ende des „patriotischen Europas“ gebrandmarkt. Bundeskanzlerin Angela Merkel fand auch in der Schwesterpartei drastische Verurteilung.

Schnell wurden auch die jämmerlich ausgemergelten Flüchtlingsfiguren verdächtigt, in Wirklichkeit verkappte Islamisten, Terroristen und Zerstörer Deutschlands zu sein. Da an allem ein Funke Wahrheit hängt, brauchte man bloß ein Exempel zu statuieren: ein Oberleutnant der Bundeswehr kam unbehelligt als Flüchtling durch und kassierte. „Wir haben es schon immer gewusst“, jubelten daraufhin die Flüchtlings- und Bundeswehrhasser.

So weit, so schlecht. Doch jetzt den „konservativen Wert“ Wehrpflicht heraus zu kramen, widerspricht der Wirklichkeit. Jetzt die Bundeswehr unter Generalverdacht zu stellen, zeigt schlechten politischen Stil – zumal selbst die Linken wissen, dass es ohne Soldaten nicht geht. Jetzt die altbewährte Keule zu schwingen, die „IBUK“ (Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt) habe sich „in ihrer bisherigen Amtszeit nicht genügend um politische Bildung und Innere Führung bemüht“, war damals bei Minister Volker Rühle falsch und heute auch bei Ursula von der Leyen. Oder haben die SPD-Minister Rudolf Scharping und Peter Struck (1998-2005) tatsächlich mehr „politische Bildung“ bewiesen, als sie gemeinsam mit der NATO Belgrad bombardierten und den Hindukusch zur Verteidigungslinie ausriefen?

Gefahr rechtsnationaler Putschversuche

Die SPD sollte im Jahr 2017 nicht erneut der Versuchung erliegen, aus Wahlkampfgründen die Bundeswehr wie 1998 zum Thema zu machen. Die Gefahr liegt woanders. Nicht die Bundeswehr ist rechtsextrem anfällig, sondern einzelne Gruppen versuchen sie zu missbrauchen und vielleicht gar zu unterhöhlen. „Nur Konservative gehen zur Bundeswehr“, darf nicht pervertiert werden. Denn natürlich braucht man ein staatsbürgerliches Fundament, sogar ein Ehrgefühl, um der Gemeinschaft zu dienen. Insoweit ist „konservativ“ in Ordnung. Leute mit Ehrgefühl dürfen nirgendwo verprellt werden, auch nicht mit dem Anprangern als „Gutmenschen“. Im Übrigen braucht auch die Polizei oder das Technische Hilfswerk Gutmenschen und nicht Rambos. Der Staat insgesamt braucht Menschen, die sich nicht verweigern, schon gar keine, welche sich zum hehren „Reichsbürger“ aufschwingen.

Da sind wir also auch bei der Polizei, die mit Reichsbürgern – vor allem in Bayern – ihre liebe Not bekommt. Was haben diese Leute im Kopf? Nur die Verweigerung von Steuern oder Strafzetteln? Oder die Errichtung eines „Reichskommissariats im Namen des Volks“, wenn auch nicht vom Volk gewählt? Die riesigen Waffenarsenale in den Händen gewisser Bürger, die geheimen Wehrsportübungen in den „teutschen Wäldern“, das Infiltrieren anfälliger Jugendlicher oder auch Reservisten sind die eigentliche Bedrohung. Denn, anders als die zur Einschüchterung dienenden islamistischen Übergriffe (wobei München im Juli 2016 mit vielen Toten am Olympiazentrum nichts damit zu tun hatte) geht es hier um Machtübernahme. Die AfD als parlamentarischer Arm und zunächst als Totalopposition (Gauland) sowie die bestens geschulte Polizisten- und Soldaten-Elite wie bei „Oberleutnant Mario“ und seinem Netzwerk als Vehikel dieser Machtübernahme?

Die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen und der Bayern ist nicht anfällig für eine derartige Machtübernahme. Man muss aber das Kind beim Namen nennen und darf sich dem rechten Rand nicht mit ähnlichen falschen Parolen anbieten. Wenn die AfD tatsächlich

im Deutschen Bundestag oder auch im nächsten Jahr im Bayerischen Landtag vertreten sein sollte, dann muss man ihr die gleiche Rolle zuweisen wie damals der NPD (in Bayern von 1966-1970, 15 Sitze) oder den Republikanern: die große Sternschnuppe Franz Schönhuber verglühte in der harten parlamentarischen Arbeit. Konservative Werte muss man im Übrigen vorleben, nicht fordern. Das gilt auch für die Leitkultur!